

Opel oder Hypo Real Estate?

Seit Monaten fallen die Aktienkurse solider werteschaaffender Industrieunternehmen, ebenfalls seit Monaten steigen die Zahlungen der BRD an bankrotte Banken und Versicherungen ins Unermeßliche und nie Zurückzahlbare. Da stimmt doch etwas nicht. Das Gesetz verlangt, dass der Staat den Nutzen und die Sicherheit des deutschen Volkes zu wahren hat, der gesunde Menschenverstand sagt demgemäß, dass die BRD-Regierung die Prioritäten völlig anders zu setzen hat: nämlich Unterstützung der innovativen produktiven Industrie, die unsere Lebensgrundlage war, ist und sein wird sowie Anwendung des Insolvenz- und Strafrechts auf Firmen des Finanzgewerbes. Das verlangt möglicherweise den Konkurs und die zeitweilige Verstaatlichung dieser Finanzfirmen sowie Abschreibung aller durch betrügerische Kredite erzielten Spekulationsgewinne auf Null. Damit verbunden ist auch die Annullierung der verderblichen Gesetzesänderungen der letzten Jahre im Finanzsektor, die den derzeitigen Wirtschaftsabschwung verursacht haben. Auch die Verstaatlichung der zugunsten von US-Firmen privatisierten ehemals kommunalen Betriebe gehört zum Maßnahmenkatalog (Entschädigung der anglo-amerikanischen Käufer durch Dollars).

Wo sind die Staatsanwälte, die dem Insolvenzrecht zur Geltung verhelfen? Ist Insolvenzverschleppung und Veruntreuung kein Straftatbestand mehr? Der Weg in die "nachindustrielle Dienstleistungsgesellschaft" war ein furchtbarer Fehler, der rückgängig gemacht werden muß, auch wenn Medien und Politiker das Gegenteil behaupten. Es scheint, dass die Merkel-Regierung kein Konzept zur Lösung der derzeitigen Krise in Deutschland hat und dass die Entwicklung in Richtung auf Anwendung der Notstandsgesetze läuft. Die vom Volk gewählte Regierung darf sich nicht in die kriminellen Machenschaften des Finanzgewerbes und seiner anglo-amerikanischen Hintermänner ziehen lassen, sie muß sich vielmehr darum bemühen, die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen der letzten Jahre rückgängig zu machen, indem die produktive Industrie in Deutschland wieder den Vorrang vor der Finanzwirtschaft hat. Unsere Stärke ist nicht die nachindustrielle Dienstleistungsgesellschaft, sondern die industrielle Leistungsgesellschaft. Der freie Kapitalverkehr nach den Vorgaben der anglo-amerikanischen Plutokratie führt zur Verarmung Deutschlands, wie die Ereignisse der letzten Jahre zeigen.

Die noch immer vorhandene Innovationskraft der deutschen Industrie muß wieder gestärkt werden, z.B. das Verbot der Kohleverflüssigung muß zurückgenommen, der Hochtemperaturreaktor wieder in Betrieb genommen, der Transrapid (Magnetschwebbahn) gebaut werden, ev. in Zusammenarbeit mit Rußland und/oder China. Sinnlose Vorhaben, die ihren Grund im Klimaschwindel (Kampf gegen Erderwärmung) haben, müssen zurückgenommen werden (z.B. Emissionshandel). Kein Geld des Staates und der Industrie sollte in überflüssige Vorhaben fließen wie High-Speed-Netz (Internet) für alle oder in protzige Autosalons oder nutzlose Konsumartikel (erhältlich in den Supermärkten). Die Zeit der angeberischen Autos ist für lange Zeit vorbei. Opel wird in Zukunft nicht so viele Autos verkaufen können wie bisher. Aber die Firma hat das Personal und das Potential, hochwertige technische Produkte herzustellen, z.B. Brennstoffzellensysteme oder Teile von neuartigen Verkehrssystemen (Transrapid), neue Transportsysteme usw. Es gibt sehr viele Ideen in Deutschland, die umgesetzt werden können zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung, die allen Völkern zugute kommt. Diese Zukunftstechnologien sind zu fördern, nicht der Internet- und Handy-Schnickschnack. Die Globalisierung nach Art der Wall-Street ist ein Irrweg und führt in den Abgrund, wie die Ereignisse der letzten Monate zeigen. Die Herrschaft des Bankensystems über die produktive Wirtschaft muß beendet werden.

ADEW Arbeitsgemeinschaft Deutsche Energie- und Wirtschaftspolitik
Postfach 100 133 - 63701 Aschaffenburg
www.adew.eu